

**Die heutigen Themen:**

**KVBW - Vertreterversammlung**

In Baden-Württemberg steht die KV vor einem Neustart

**Systemausstieg**

Der Aufstand der Hausärzte

Proteste in Nürnberg - Beifall von Patienten und Politikern

Hausärzte-Protest verunsichert Patienten

Starkes Signal der Hausärzte

Hausärzte demonstrieren ihre Stärke

Druck auf Staatsregierung wächst

Auch Baden-Württembergs Hausärzte planen Ausstieg aus Kassensystem

Kassenärzte im Land planen den Ausstieg

Der Ärzte-Tribun

Massenprotest bei Bayerns Hausärzten

Hausärzte: Abschied vom System

**Gesundheitsreform**

Wenn Patienten sich nicht mehr rechnen

Empfang der Ärzteschaft: „Es kann im neuen Jahr nur besser werden“

**Notfallpraxis in Bad Säckingen eröffnet**

Bad Säckingen: Die Notfallpraxis öffnet

**Sonstiges**

Betrunken am Operationstisch?

Betrunkener Arzt muss Operation abbrechen

Der Tod und die Mädchen

Schlecker startet Arzneimittelversand

## **KVBW - Vertreterversammlung**

Ärzte Zeitung, 01.02.2008:

### ***In Baden-Württemberg steht die KV vor einem Neustart***

**Spekulationen über Vorstands-Neubesetzung / Vertreter tagen in drei Wochen wieder**

**STUTTGART (fst). Die KV Baden-Württemberg steht vor einer inhaltlichen - und vielleicht auch personellen - Neuorientierung an ihrer Spitze. Das verlautete aus Teilnehmerkreisen der zum großen Teil nichtöffentlichen Vertreterversammlung am Mittwoch in Stuttgart.**

Hintergrund ist die große Unzufriedenheit vieler KV-Delegierter mit der Politik der KV-Führung. Bereits Mitte Januar hatte sich bei einer Klausur der Vertreterversammlung erheblicher Widerstand gegen den derzeitigen KV-Vorstand artikuliert (wir berichteten). Die Unzufriedenheit mit der Honorarsituation und das aus Sicht vieler Delegierter eigenmächtige Handeln der KV-Führung bei der Bewerbung für den AOK-Hausarztvertrag sind dabei zwei Gründe.

Im ersten, noch öffentlichen Teil der Sitzung - Pressevertreter waren auch hier nicht zugelassen -, haben die fünf KV-Vorstandsmitglieder ihre Vorstellungen über die künftigen Schwerpunkte ihrer KV-Arbeit formuliert, berichtet die VV-Vorsitzende Dr. Birgit Clever der "Ärzte Zeitung".

Anschließend wurden KV-Führung und Mitarbeiter vor die Tür geschickt, die Vertreter tagten in geschlossener Sitzung weiter. "Wir haben Stillschweigen vereinbart", sagte Clever dazu. Die Beratungen würden andauern. Allerdings werden die Vertreter bereits am 20. Februar zu einer außerplanmäßigen Sitzung eingeladen, kündigte Clever an.

Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass die KV nicht nur vor einer inhaltlichen Neuausrichtung steht, sondern dass auch personell die Führung neu besetzt werden soll. "Jetzt haben wir drei Wochen Nachdenkzeit", sagte ein Delegierter. Vertagt haben die Delegierten sich auch deshalb, weil die Mehrheitsfraktionen in der VV - Hausärzteverband und Medi - zwar ähnliche, aber nicht unbedingt übereinstimmende Interessen haben: Der Hausärzteverband will den AOK-Hausarztvertrag unbedingt zu einem Erfolg führen.

Die Stärkung der Hausärztlichen Vertragsgemeinschaft (HÄVG), über die das Abrechnungsgeschäft beim AOK-Vertrag laufen soll, wäre ein willkommener Nebeneffekt. Medi hat zusätzlich die in seinem Verbund organisierten Fachärzte im Blick und will bald mit der AOK eigene Verträge nach Paragraph 73 c SGB V auflegen.

Vor diesem Hintergrund ist die Rolle, die die KV künftig im Kalkül der VV-Delegierten spielen wird, noch unklar. Bis 20. Februar wollen Hausärzteverband und Medi diese strategischen Fragen über die Zukunft der KV geklärt haben - dann erst wird vermutlich auch über neue Köpfe im Vorstand entschieden, verlautete aus Delegiertenkreisen.

Ein führender Kopf in der KV erwartet einschneidende Entscheidungen: "Wir brauchen einen Neuanfang. Sonst können wir die KV Baden-Württemberg begraben."

## Systemausstieg

### Der Aufstand der Hausärzte

**Quelle** Badische Zeitung vom 01. 02. 2008  
**Seite** 2  
**Ressort** Das politische Buch  
**Rubrik** Ettenheim  
**Autor** Von unserem Redakteur Michael Neubauer |

Badische  Zeitung

## Der Aufstand der Hausärzte

In Bayern ruft der Berufsverband seine Mitglieder zum Ausstieg aus dem Kassensystem auf

FREIBURG. Nein, es ist für sie kein närrisches Treiben, sondern voller Ernst. Was die Hausärzte in Bayern derzeit planen, ist ein bisher einmaliger Aufstand: Der Bayerische Hausärzteverband ruft seine Mitglieder auf, die Kasenzulassung zurückzugeben. Am Mittwoch demonstrierten 7000 Ärzte in Nürnberg gegen ihrer Ansicht nach zu geringe Honorare und schlechte Arbeitsbedingungen wie zu viel Bürokratie.

Wer in Deutschland Kassenpatienten behandeln und deren Therapie abrechnen will, braucht eine Zulassung. Das ist seit 1932 so geregelt - damals wäre wegen eines Ärztestreiks die Versorgung fast zusammengebrochen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) vergeben diese Zulassungen und stellen die Versorgung sicher. Sie handeln mit den Krankenkassen die Honorare aus und verteilen das Geld an die Ärzte. So weit, so schön. Doch die Hausärzte sind seit Jahren nicht mehr gut zu sprechen auf das System. Sie ärgern sich, dass die Honorarbudgets gedeckelt sind - pro Patient und Quartal erhalten sie von man-

chen Kassen nur 45 Euro. Sie wollen nun selbst mit den Kassen verhandeln. Viele Hausärzte sehen sich zudem gegenüber den Fachärzten benachteiligt. Die KV Bayern sei keine wirksame Ärztevertretung, sondern vielmehr ein staatlich gelenktes System zur Gängelung der Ärzte, sagte der Vorsitzende des Bayerischen Hausärzteverbandes, Wolfgang Hoppenthaller.

9000 Hausärzte gibt es in Bayern, rund 7500 sind im Hausärzteverband organisiert. Bei einem Notar können die Hausärzte noch in den kommenden Wochen ihr Votum abgeben. Laut Hoppenthaller soll eine Entscheidung über die Rückgabe der Zulassungen bis Ende März fallen. Stimmen 70 Prozent der Mitglieder der Aktion zu, will er die Zulassungen an die KV Bayern zurückgeben.

Die Folgen eines Ausstiegs für die Ärzte wären schwer, warnt die KV. Die Ärzte dürfen nach diesem Schritt keinen Patienten mehr auf Kassen-Chip-Karte behandeln. Sie gefährdeten damit nicht nur das Patientenvertrauen, sondern auch ihre eigene Existenz. "Mit dem Ausstieg aus dem Kassensystem enteig-

nen sich die Ärzte selbst", sagte der KV-Vorstandsvorsitzende Axel Munte. Die Ärzte könnten sich frühestens nach sechs Jahren wieder bewerben. Die KV Bayern drohte bereits, die Lücken mit Medizinem aus dem Ausland und mit Fachärzten zu besetzen.

In Baden-Württemberg schaut man mit Bewunderung nach Bayern: "Da gehört viel Zivilcourage dazu", sagt der Landesvorsitzende des Hausärzteverbandes, der Freiburger Arzt Berthold Dietsche. Dass der Dampfkessel hier nicht wie in Bayern explodiere, läge vor allem am Angebot der großen Krankenkasse AOK: Die hat erstmals die hausärztliche Versorgung ausgeschrieben und will mit dem Hausärzteverband und der Organisation Medi direkt Verträge abschließen - ohne KV.

Ärzte Zeitung, 01.02.2008:

### **IM GESPRÄCH**

## ***Proteste in Nürnberg - Beifall von Patienten und Politikern***

**Von Jürgen Stoschek**

Zustimmung und Verständnis für die Anliegen der Hausärzte - das haben viele Patienten, Politiker und Verbandsvertreter, wie erste Stellungnahmen zur großen Korbveranstaltung des Bayerischen Hausärzterverbandes in Nürnberg zeigen. Die Vertreter der Kassen sehen die Proteste allerdings kritisch.

Voll und ganz hinter den Protesten steht beispielsweise Renate Hartwig, Initiatorin der Initiative "Patient informiert sich". Sie rief die Ärzte auf, sich aus dem "maroden System" zu verabschieden.

Verständnis für den Unmut der Hausärzte zeigte auch der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Daniel Bahr. Der geplante Ausstieg der Hausärzte aus dem System der Gesetzlichen Krankenkassen sei ein Signal an Politiker, endlich etwas für die Arbeitsbedingungen der Ärzte zu tun.

### ***Hartmannbund sieht nun die Politiker in der Pflicht***

Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Max Straubinger, erklärte, er glaube nicht, dass die bayerischen Ärzte aus dem System der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) aussteigen. "Das ist schneller gesagt als getan, zumal die rechtlichen Auswirkungen überhaupt nicht überschaubar sind", sagte Straubinger. Auch nach einem Austritt sei nicht mehr Geld im System vorhanden. Zudem könne ab 2009 mit einer Steigerung bei den Arzthonoraren gerechnet werden.

"Dies ist ein dramatisches Signal an die Politik, dass ein schlichtes ‚Weiter so!‘ mit den Ärzten in Deutschland nicht mehr zu machen ist" kommentierte der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Kuno Winn, die Protestveranstaltung in Nürnberg. Jetzt bewahrheite sich die im Protestjahr 2006 immer wieder formulierte Ankündigung, dass Ärzte durchaus bereit seien, über den Protest hinaus auch zu schärferen Maßnahmen zu greifen.

"Die Lage ist ernster denn je", sagte Winn. Wenn sich die Politik nicht selbst in die Lage manövrieren wolle, schon bald Zwangsmaßnahmen gegen Ärzte ergreifen zu müssen, sei es an ihr, sich endlich ernsthaft mit den berechtigten Forderungen der Ärzte auseinanderzusetzen. "Gegen Patienten und ihre Ärzte wird nichts gewonnen - auch keine Wahlen", sagte Winn.

Dr. Werner Baumgärtner, Vorsitzender von Medi Deutschland, hat dem Hausärzterverband zur erfolgreichen Korbveranstaltung gratuliert. "Wir freuen uns über den überwältigenden Zuspruch der bayerischen Hausärzte trotz des heftigen Gegenwinds von Seiten der KV Bayerns und der bayerischen Landesregierung und werden den Bayerischen Hausärzterverband bei seinem weiteren Vorgehen voll unterstützen", sagte Baumgärtner.

Die Korbveranstaltung in Nürnberg ist für ihn ein wichtiger Schritt, die Zulassungsrückgabe der Ärzte voranzubringen und den Wunsch der Kollegen nach einer Veränderung umzusetzen. Ab Februar werde Medi in Baden-Württemberg mit den Korbmodellen beginnen, kündigte Baumgärtner an. Am 16. April werde es dann eine Großveranstaltung nach bayerischem Vorbild für alle niedergelassenen Ärzte in Baden-Württemberg geben.

### ***Ärzttekammer-Chef warnt vor voreiligen Schritten***

"Wenn die Politiker die Instrumentarien zur Gefährdung der KVen geschaffen und im SGB V verankert haben, dann darf man sich auch nicht wundern, wenn einzelne ärztliche Berufsverbände nach den dort gebotenen Möglichkeiten greifen", sagte der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer Dr. Hellmut Koch. "Die Politiker wollten Hausarztverträge außerhalb der KV". Alle Beteiligten müssten sich jedoch über die Konsequenzen der derzeitigen Auseinandersetzung im Klaren sein. Denn mit den neuen Vertragsmöglichkeiten werde das historisch gewachsene und durchaus bewährte System der KVen verändert, gab Koch zu bedenken.

### ***Kassen sehen sich beim Thema Honorar nicht in der Schuld***

## Presseauswertung vom 1. Februar 2008

Bei den Kassen stoßen die Forderungen des Hausärzteverbandes auf wenig Verständnis. In Bayern stellten die Kassen so viel Honorar zur Verfügung, "dass das Vergütungsniveau der Ärztinnen und Ärzte im Freistaat etwa zwölf Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt", erklärte beispielsweise der Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern, Dr. Helmut Platzer.

"Die Hausärzte begehen einen Fehler, wenn sie aus dem System aussteigen", sagte der Vorstand des BKK Landesverbandes Bayern, Professor Jörg Saatkamp. "Die Betriebskrankenkassen in Bayern zahlen für die guten Leistungen der Hausärzte gute Preise. Im Preis-Leistungsvergleich vergüten wir sogar sehr gut", betonte Saatkamp.

Artikel aus den Stuttgarter Nachrichten - Stadtausgabe, Freitag,  
01. Februar 2008  
Seite 2  
Ausgabe: Nr.27  
Nachrichten

## **Hausärzte-Protest verunsichert Patienten**

*Brief an Beckstein - Praxisnetz Medi kündigt Aktion in Baden-Württemberg an*

Berlin/Stuttgart - Und wieder gibt es neue Verteilungskämpfe im deutschen Gesundheitssystem. Seit langem sehen sich die Hausärzte benachteiligt. Nun machen sie mobil. Von „Systemwechsel“ und „Kassenausstieg“ ist die Rede. Tausende bayerische Hausärzte haben auf einer großen Protestveranstaltung in Nürnberg über die Rückgabe ihrer Kassenzulassung abgestimmt.

VON NORBERT WALLETT

Berliner Redaktion

Das Ergebnis soll in wenigen Tagen vorliegen. Die Befragung soll zunächst nur ein Stimmungsbild ergeben. Erst wenn sich in einem Regierungsbezirk 70 Prozent der Ärzte notariell verpflichten, die Zulassung abzugeben, soll der kollektive Ausstieg vollzogen werden. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB) meldeten sich zahlreiche verunsicherte Patienten.

Die Hausärzte fühlen sich von den Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) nicht mehr vertreten. In deren Verhandlungen mit den Krankenkassen werden die Ärzte-Honorare festgelegt. Die bayerischen Hausärzte halten das für ein „Unterdrückungssystem“, in dem der einzelne Arzt keine Mitsprache hat. Sie dringen deshalb auf direkte Verhandlungen mit den Kassen. In einem Brief an Bayerns Ministerpräsidenten Günther Beckstein (CSU) spricht Wolfgang Hoppenthaler, Vorsitzender des bayerischen Hausärzte-Verbands von einem „perversen Unterdrückungssystem“ und „30-jähriger Unterdrückung durch die Sozialpolitiker“.

Ein Kassenausstieg von Hausärzten würde die Patienten in eine rechtlich unklare Situation stürzen. Zwar versichern die bayerischen Ärzte, dass die Patienten weiterhin gegenüber ihren Kassen Anspruch auf Finanzierung ärztliche Leistungen hätten. Kassen und Kassenärztliche Bundesvereinigung sagen aber, dass Patienten, die sich von einem Arzt ohne Kassenzulassung behandeln lassen, die Behandlung selbst bezahlen müssen.

Das Thema spielt auch in Baden-Württemberg eine Rolle. Der Ärzte-Interessenverband Medi wird bis Mitte März 16 Informationsveranstaltungen im Land durchführen. **Für den 16. April ist - wahrscheinlich in Stuttgart - eine zentrale Großveranstaltung nach Nürnberger Vorbild geplant.** Dennoch ist die Lage im Südwesten im Vergleich zu Bayern entspannter. Im Gespräch mit unserer Zeitung äußerte Berthold Dietsche, Vorsitzender des baden-württembergischen Hausärzte-Verbands, zwar Verständnis für die bayerischen Kollegen. Dennoch sei deren Kurs „nicht unsere Linie“.

Tatsächlich besteht im Land eine deutschlandweite Sondersituation. Hier nämlich verhandelt die AOK mit dem Hausärzte-Verband und Medi über eine komplette hausarztzentrierte Versorgung. Ziel ist eine vom Hausarzt koordinierte und dadurch effizientere Behandlung. Hausärzte, die sich zu einem Vertrag mit der AOK bereit finden, unterlägen dann nicht mehr dem herkömmlichen Honorarsystem. Versorgungsverträge würden direkt mit Arztgruppen und nicht wie bisher mit der KV geschlossen.

© 2006 Stuttgarter Nachrichten

Ärzte Zeitung, 01.02.2008:

## KOMMENTAR

### ***Starkes Signal der Hausärzte***

Von Wolfgang van den Bergh

Nein - es war nicht so, wie insgeheim manch' ein Politiker und Kassenvertreter zuvor gehofft hatte. Es werde nur ein laues Lüftchen durch die Nürnberger Arena wehen. Tatsächlich brachte der Sturm der Empörung von fast 8000 Kollegen über schlechte Arbeitsbedingungen, unzureichende Honorare und mangelnde Vertretung durch die KV die Stimmung zum Kochen - einmalig in der Geschichte der Ärzteschaft.

Die schlechteste Antwort auf einen solchen Protest wäre, auf Zeit zu spielen, um zu sehen, wie viele Hausärzte nun tatsächlich ihre Zulassung zurückgeben werden. Nach diesem Mittwoch steht fest, dass ein großer Teil der bayerischen Hausärzte offenbar dazu fest entschlossen ist.

Der Protest von Nürnberg ist nach den eher ruhigeren Tönen, die der Hausärzterverband vor zwei Jahren angeschlagen hat, eine Demonstration der Stärke - nach außen und nach innen. Zum einen richtet er sich gegen Politiker und Kassen und zum anderen gegen das KV-System. Und hier wollen Hausärzte mehr Chancen haben.

Wenn sich die Fronten in Bayern verhärten, wäre dies möglicherweise fatal für die gesamte primärärztliche Versorgung in Deutschland. Auswirkungen hätte dies auch für diejenigen, die etwa in Baden-Württemberg akribisch an der Architektur einer neuen ambulanten Versorgung ohne KV-Beteiligung arbeiten.

Ärzte Zeitung, 01.02.2008:

### ***Hausärzte demonstrieren ihre Stärke***

#### **Über 7000 Kollegen protestieren in Nürnberg / Viele entscheiden sich zum Ausstieg aus dem GKV-System**

**NÜRNBERG (sto).** Bayerns Hausärzte haben am Mittwoch ein ganz starkes Signal der Geschlossenheit gesetzt. Mehr als 7000 Kollegen protestierten in Nürnberg auf der bislang größten Protestaktion von Hausärzten in Bayern gegen geringe Honorare und überbordende Bürokratie. Viele erklärten schriftlich ihren Ausstieg aus dem GKV-System.

Als "vollen Erfolg" hat der Vorsitzende des Bayerischen Hausärzterverbandes, Dr. Wolfgang Hoppenthaller, die Korbveranstaltung bezeichnet. Am Ende der dreistündigen Veranstaltung konnten die Teilnehmer in eigens aufgestellten Wahlurnen ihre Erklärung abgeben, dass sie bereit sind, ihre Zulassung als Vertragsarzt zurückzugeben. Viele Hausärzte machten von dieser Möglichkeit unmittelbar Gebrauch, andere wollen sich in den nächsten Tagen entscheiden. Erste Ergebnisse sollen voraussichtlich schon in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Die Veranstaltung in der Nürnberger Arena als erster Schritt für den kollektiven Ausstieg der Hausärzte aus der Gesetzlichen Krankenversicherung sei für die gesamte Vertragsärzteschaft in Deutschland und für die ambulante Versorgung ein "geschichtsträchtiger Tag", so Hoppenthaller.

"Wir wollen raus aus diesem Zwangssystem von Kassen und KVen", sagte er in seiner immer wieder von Beifall und Jubelrufen unterbrochenen Rede. Mit dem Ausstieg aus dem Kollektivvertragssystem von Kassen und KVen betrete die Hausärzteschaft in Bayern Neuland. Dazu gehöre Mut.

Hoppenthaller: "Im KV-System können wir Hausärzte nichts mehr erreichen." Im April soll es in Baden-Württemberg eine ähnliche Protestveranstaltung geben, bei der die kollektive Rückgabe der Kassenzulassung auf der Tagesordnung steht.

## Druck auf Staatsregierung wächst

Quelle München Merkur vom 01. 02. 2008  
Seite 4  
Ressort Politik  
Copyright Alle Rechte vorbehalten - Muenchner Zeitungsverlag



## Druck auf Staatsregierung wächst

Der Nürnberger Protest der Hausärzte war gewaltig. Ob er unmittelbare Folgen hat, bleibt jedoch offen. Die Austritte aus dem Kassensystem entwickeln sich zum juristischen Kleinkrieg. Die politische Wirkung ist dennoch nicht zu unterschätzen: Der Druck auf die Staatsregierung wächst.

### Ärzte-Protest in Bayern

von mike schier und Steffen habit

München - Die derzeit für das bayerische Gesundheitswesen spannendste Frage wird ausgerechnet im fernen Kiel entschieden. Dort sitzt ein Rechtsanwalt, der für den Bayerischen Hausärzterverband prüft, wie viele Hausärzte im Freistaat ihre Zulassung ernsthaft zurückgeben wollen. Wie berichtet hatten am Mittwoch bei der hoch emotionalen Versammlung des Verbandes in Nürnberg mehrere tausend Ärzte weiße Umschläge in die bereitgestellten Urnen geworfen. Beobachter bezweifeln allerdings, ob sich darin tatsächlich immer die Bereitschaft befand, die eigene berufliche Existenz aufs Spiel zu setzen.

Erst in der kommenden Woche wird sich zeigen, wie groß die Auswirkungen des Ärzteprotestes wirklich sind (siehe Kasten rechts). Doch die Mediziner selbst glauben bereits jetzt, in Nürnberg ein Zeichen gesetzt zu haben. Wolfgang Hoppenthaller, als Präsident von seinen Hausärzten am Mittwoch wie ein Rockstar gefeiert, ist am Tag danach sehr zufrieden. Eine "machtvolle Demonstration" sei das gewesen. "Weder die Kassen noch die Politik noch die Kassenärztliche Vereinigung können an diesem Abend einfach vorbeigehen." Es dauert nur ein paar Nachfragen, bis Hoppenthaller wieder Betriebstemperatur er-

reicht. "Die Kassen meinen, sie könnten uns nicht nur an der Hundeleine, sondern auch mit Stachelhalsband herumführen", schimpft der streitbare Ärztfunktionär.

Unterstützung bekommt Hoppenthaller vom "Hartmannbund". "Ein schlichtes 'Weiter so!' ist mit den Ärzten in Deutschland nicht mehr zu machen", sagte Kuno Winn, Vorsitzender der Ärzteorganisation, als Reaktion auf den Protest in Nürnberg. Das Praxisnetz Medi Deutschland kündigte an, am 16. April eine Veranstaltung nach bayerischem Vorbild in Baden-Württemberg zu organisieren.

Die Kassen geben sich dagegen betont einsilbig. Man sehe die Sache sehr gelassen, heißt es. Es gebe starke Zweifel, dass es überhaupt zu der kollektiven Rückgabe der Zulassungen komme. Wenn es auf den Bezirksversammlungen ernst werde, würden sich viele einen Ausstieg noch einmal überlegen.

Unterdessen wächst im Jahr von Kommunal- und Landtagswahl der Druck auf die CSU: Überraschend deutlich schlägt sich die politische Konkurrenz auf die Seite der Mediziner. "Wir fordern die Staatsregierung dringend auf, die schwierige Situation der Hausärzte in Bayern endlich ernst zu nehmen und den Weg für eine konstruktive Lösung zu ebnet", sagte die sozialpolitische

Sprecherin der Grünen-Fraktion, Renate Ackermann. "Die Drohung, die Kassenzulassung zurückzugeben, ist schließlich für viele Ärzte nur der letzte Ausweg."

FDP-Generalsekretär Martin Zeil forderte die CSU auf, die "vermurkste Gesundheitsreform rückgängig zu machen und den bevorstehenden Gesundheitsfonds zu stoppen". Der Landesvorsitzende der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, sagte: "Wir müssen den Hausärzten danken, dass sie der Öffentlichkeit die Augen öffnen, bevor alles zu spät ist." Die Politik habe das Szenario "verschlafen oder bewusst herbeigeführt". Bayerns Sozialministerin Christa Stewens (CSU) wies die Kritik zurück. Sie habe zwar Verständnis für die Klagen der Ärzte - etwa über die wachsende Bürokratie. Der kollektive Systemausstieg sei aber der falsche Weg.

Abbildung: "Machtvolle Demonstration": Hausärzte-Chef Hoppenthaller ist mit dem Protest in Nürnberg zufrieden.  
dpa

## **Auch Baden-Württembergs Hausärzte planen Ausstieg aus Kassensystem**

Quelle AFP Deutschsprachiger Basisdienst vom 31. 01. 2008  
Seite 000  
Copyright © 2008 AFP



# Auch Baden-Württembergs Hausärzte planen Ausstieg aus Kassensystem

Nach den bayerischen Hausärzten planen einem Zeitungsbericht zufolge auch ihre Kollegen in Baden-Württemberg die Rückgabe ihrer Kassenzulassungen. Der Vorsitzende der Ärzteorganisation Medi, Werner Baumgärtner, sagte der "Stuttgarter Zeitung" (Freitagsausgabe), dass bis Mitte März 16 Veranstaltungen zum Ausstieg aus dem System der Krankenkassen geplant seien. Bis Mitte April rechnet Baumgärtner den Angaben zufolge dann damit, dass 75 Prozent der Mediziner ihre Bereitschaft zu einem Ausstieg notariell hinterlegt haben. "Die Ärzte haben die Schnauze voll", sagte Baumgärtner.

Ursache für den massiven Unmut ist laut "Stuttgarter Zeitung" eine Honorar-

reform, nach der von 2009 an bundesweit einheitliche Arzthonorare bezahlt werden. Der Vize-Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung, Wolfgang Herz, sagte dem Blatt, dass wegen der Reform "rund eine halbe Milliarde Euro aus Baden-Württemberg abfließt", da die Ärzte in dem Land bislang überdurchschnittlich gut verdient hätten. Ihnen drohe demnach ein Verlust von zehn Prozent je Praxis. Baumgärtner beziffert den Verlust sogar auf insgesamt 800 Millionen Euro.

Am Mittwoch hatten sich bayerische Hausärzte in Nürnberg zu einer Protestveranstaltung versammelt. Der Vorsitzende des Bayerischen Hausärzterverbandes (BHÄV), Wolfgang Hoppent-

haller, hatte die insgesamt 7000 Mitglieder des Verbandes zu der Rückgabe ihrer Zulassungen zum 1. Juli an die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) aufgerufen. Die niedergelassenen Ärzte wollen damit gegen die aus ihrer Sicht schlechten Arbeitsbedingungen sowie die unzureichende Bezahlung zu protestieren.

+++ Der Beitrag lag AFP vorab in redaktioneller Fassung vor. +++

gw

© 2008 PMG Presse-Monitor GmbH

Artikel aus der Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe, Freitag,  
01. Februar 2008  
Seite 2  
Ausgabe: Nr.27  
Politik

## **Kassenärzte im Land planen den Ausstieg**

STUTTGART (tuf). Nicht nur in Bayern, auch in Baden-Württemberg planen die niedergelassenen Ärzte, aus dem System der Krankenkassen auszusteigen. Das hat der Vorsitzende der Ärzteorganisation Medi, Werner Baumgärtner, bestätigt. Bis Mitte März seien dazu 16 Veranstaltungen geplant; bis Mitte April rechnet Baumgärtner damit, dass 75 Prozent der Mediziner ihre Bereitschaft zum Ausstieg notariell hinterlegt haben. „Die Ärzte haben die Schnauze voll“, sagte Baumgärtner.

Ursache für den massiven Unmut ist eine Honorarreform, nach der von 2009 an bundesweit einheitliche Arzthonorare bezahlt werden. Nach Angaben des Vizevorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung, Wolfgang Herz, bedeutet dies, „dass rund eine halbe Milliarde Euro aus Baden-Württemberg abfließt“, denn bisher haben die Ärzte hier überdurchschnittlich gut verdient. Ihnen drohe nun ein Verlust von zehn Prozent je Praxis. Baumgärtner beziffert den Verlust sogar auf 800 Millionen Euro. „Ich verstehe nicht, dass das Land akzeptiert, dass es so viel Geld für die medizinische Versorgung verliert“, kritisiert der Medi-Chef. KV-Vorstand Herz sagte: „Wir müssen alles mobilisieren, um das zu verhindern. Da muss die Landesregierung ran. Denn das wirkt sich auf die gesamte medizinische Versorgung aus.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.08, Seite 18, Wirtschaft

## **Der Ärzte-Tribun**

Mehr Sehnsucht, mehr Emotion als in Giuseppe Verdis Nabucco geht auf der Opernbühne kaum. Einen Gefangenenchor lässt Verdi das Schicksal der nach Babylon verschleppten Israeliten beklagen. Opernliebhaber wissen um die zweifache Botschaft Verdis'

"Freiheitschor":

der Sehnsucht nach dem Glück vergangener Zeiten und der Hoffnung auf Befreiung aus gegenwärtigem Leid.

Es spricht deshalb Bände über den bayerischen Hausärzteverband, dass er sein Ärztetreffen am Mittwoch auf dem früheren Reichsparteitagsgelände mit Verdis Nabucco-Gassenhauer begann. So viel inszenierte Sehnsucht nach Erlösung der von Politik und Kassen geknechteten Hausärzte war selten. Gut, dass Verbandschef Wolfgang Hoppenthaller mit dem Aufruf zum Massenaustritt aus der Kassenärztlichen Vereinigung auch gleich eine Lösung parat hatte - auf dass wieder Milch und Honig fließe im Gelobten Land. Ärztepop in Nürnberg.

"Donnernden Applaus" melden Ärzte-Blogger wenig später in Internet. Sie zitieren Hausärzte-Vize Wolfgang Krombholz: "Dieser Tag geht in die Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung ein."

Ist auch noch unklar, wie die Geschichte letztlich ausgehen wird, einen Helden hat sie schon. Der heißt Wolfgang Hoppenthaller, geboren 1947, ist Doktor der Allgemeinmedizin, Chef einer mit zwei Partnern betriebenen gutgehenden Allgemeinanzpraxis in München und seit mehr als 20 Jahren Ärztefunktionär. Dass unlängst der "Bild"-Zeitung durchgestochen wurde, dass allein seine Praxis 8000 bis 9000 Euro Gewinn im Monat abwirft, zeigt auch, dass er sich in der Zeit nicht nur Freunde gemacht hat. Im Gegenteil. Manche Rechnung, nicht nur mit dem Chef der bayerischen KV, Axel Munte, dem er in der Wahl unterlag, scheint unbeglichen.

Es fällt schwer, jemanden außerhalb des Hausärztelagers zu finden, der lobend über Hoppenthaller spricht. Als "begrabter Demagoge", "Egomane", "Fanatiker" und "Bulldozer" wird er von Weggenossen und Verhandlungspartnern in Politik, Kassen und Ärzteschaft beschrieben. Die zitierfähigen unter den vielen wenig schmeichelhaften Attributen lauten erratisch, unberechenbar, unzuverlässig.

Das liegt nicht allein an einer gewissen bayrisch-authentischen Derbheit, mit der er bei Bedarf seine Debattenbeiträge würzt, oder an seiner polternden Polarisierungsstrategie um die "richtige" Honorarverteilung: hier seine Hausärzte, dort die Fachärzte. Es liegt eher an der Rücksichtslosigkeit seiner Interessenvertretung. Hausärzte lieben ihn dafür. Viele haben die Nase voll von Bürokratie, Gängelung durch die KV, Honorar- und Ansehensverlust. Mit dem neuen Gesundheitsfonds fürchten die Ärzte noch schlechter gestellt zu werden.

Hoppenthaller, mehr Ärztribun als Ärtztrebell, nimmt das auf. Er hat einfache Antworten auf komplexe Fragen.

Das macht ihn bei seinen Ärzten beliebt. Drei von 4 Hausärzten in Bayern gehören seinem Verband an. Schon das zeige, sagt der Bundesvorsitzende der Hausärzte, Ulrich Weigeltdt, wie "herausragend" Hoppenthaller sei. So einer kann Gefolgschaft verlangen: Stimmen weniger als zwei Drittel der bayerischen Hausärzte gegen den verlangten Austritt aus dem KV-System, will er zurücktreten.

Es ist nicht allein Hoppenthallers mit einem Schuss Kamikaze-Taktik gepaartes Führungsgeschick, das die vor Wahlen stehenden (vor allem: CSU-)Politiker in Bayern erzittern lässt. Bundesweit wird mit Interesse verfolgt, ob aus dem bayerischen Flackern ein Flächenbrand wird, der die Hausärzte aus dem System treibt und die 75 Jahre alte Versorgungsstruktur der Kassenärztlichen Vereinigungen zerstört. Wenn einer weiß, wohin er die Bomben legen muss, um das System zu sprengen, dann Hoppenthaller. Er, der die

Körperschaft einst führen wollte, droht nun, sie zu zerstören - mit ungewissen Folgen für Ärzte und Patienten.

Financial Times Deutschland, 01.02.08, Seite 11, Politik

### ***Massenprotest bei Bayerns Hausärzten***

Als "dramatisches Signal an die Politik" hat die Ärzteorganisation Hartmannbund den Hausärzteprotest in Bayern gewertet. "Ein schlichtes ‚Weiter so!‘ ist mit den Ärzten in Deutschland nicht mehr zu machen", sagte der Vorsitzende des Hartmannbunds, Kuno Winn, am Donnerstag zu der von bayerischen Ärzten angekündigten Rückgabe von Kassenzulassungen. An einer Protestveranstaltung gegen die ihrer Ansicht nach zu geringen Honorare hatten tags zuvor in Nürnberg rund 7000 der gut 8000 Hausärzte Bayerns teilgenommen. Teils gaben sie Zulassungsverzichtserklärungen ab, die nun ausgezahlt werden sollen. Der Hausärzteverband will damit einen Ausstieg aus dem Kassensystem erreichen. Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Max Straubinger, sagte der "Passauer Neuen Presse", er glaube nicht an den Ausstieg der Ärzte. "Das ist schneller gesagt als getan."

## Hausärzte: Abschied vom System

Quelle Deutsches Ärzteblatt vom 01. 02. 2008  
Seite A-181  
Rubrik SEITE EINS  
Autor Korzilius, Heike |

Deutsches  
Ärzteblatt

## Hausärzte: Abschied vom System

Wenn Systeme nicht reformierbar sind, dann muss man es halt anders versuchen", sagt Ulrich Weigeldt. Der Vorsitzende des Deutschen Hausärzteverbandes ist bekannt für seine lakonischen Kommentare. Denn es geht um nicht weniger als die Zukunft der Hausärzte in der ambulanten kassenärztlichen Versorgung. In Baden-Württemberg haben sich der dortige Hausärzteverband und der Ärzteverband Medi für einen "sanften" Ausstieg aus dem System entschieden. Kurz vor Weihnachten hatte die dortige AOK verkündet, dass sie die hausarztzentrierte Versorgung ihrer Versicherten ohne die Kassenärztliche Vereinigung (KV) organisieren will und darüber nun mit den beiden freien Verbänden verhandelt. Erstmals geht es damit um den kompletten Ausstieg der beteiligten Hausärzte aus dem Kollektivvertragssystem - jedenfalls bezogen auf die entsprechende Vertragskrankenkasse. Auf die harte Tour wollen es jetzt die bayerischen Hausärzte versuchen. Um die "Ausbeutung und Versklavung eines ganzen Berufsstandes" zu beenden, hat der Vorsitzende des dortigen Hausärzteverbands, Dr. med. Wolfgang Hoppenhaller, seine Kolleginnen und Kollegen zur kollektiven Rückgabe ihrer Kassenzulassungen aufgerufen. Schließen sich bis Ende März mehr als 70 Prozent der Ärzte diesem Aufruf an, ist der Ausstieg für ihn beschlossene Sa-

che - dann für alle Kassen.

Rückendeckung erhalten die Bayern auf der Bundesebene. Die überbordende Bürokratie, die unsichere Honorarsituation und die Perspektivlosigkeit im KV-System seien zwingende Gründe, mögliche Alternativen zu diskutieren, heißt es beim Deutschen Hausärzteverband. Medi Baden-Württemberg hatte bereits im November 2007 beschlossen, Korbmodelle, wie sie jetzt in Bayern diskutiert werden, vorzubereiten.

Die spannende Frage ist nun, wie sich die Ärztinnen und Ärzte in den Praxen entscheiden. Weniger Bürokratie und höhere Honorare sind schöne Versprechen. Aber sind sie auch realistisch? Wird der Kollektivvertrag durch eine Vielzahl von Einzelverträgen ersetzt, dürfte sich der Verwaltungsaufwand eher noch erhöhen. Es bestehen dann unterschiedliche Anforderungen an die Dokumentation, die Verordnung oder auch die Qualitätssicherung und Fortbildung. Wenn man, wie die Teilnehmer des AOK-Hausarztvertrags, zur leitlinienorientierten und -konformen Kooperation mit Leistungspartnern und zur sukzessiven Umsetzung von Konsensusleitlinien ebenso verpflichtet wird wie zur Kooperation mit den AOK-Bezirksdirektionen vor Ort, dann ist es mit der ärztlichen Therapiefreiheit nicht mehr weit her - von der freien Arztwahl für die Patientinnen und Patienten ganz

zu schweigen.

Ebenso schwer dürfte die Frage wiegen, ob man sich als einzelner Ärzteverband nicht übernimmt, wenn man gegen die geballte Marktmacht der gesetzlichen Krankenkassen antreten will. Sie versichern immerhin fast 90 Prozent der Bevölkerung. Zumindest bedürfte es eines sehr guten Zusammenhalts unter den Ärzten und verbindlicher Positionen, wenn man erfolgreich verhandeln will. Eine Analyse des Istzustands gibt hier wenig Hoffnung.

Wenig Hoffnung signalisieren auch die Reaktionen der Kassen auf den geplanten Systemausstieg. Man werde sich nicht dem Druck der Straße beugen, heißt es aus der AOK Bayern. In den meisten Teilen des Freistaats gebe es nach wie vor mehr Ärzte, als eigentlich nötig seien. Auch die KV Bayerns warnt die Hausärzte vor voreiligen Schritten. Wer aus dem System aussteige, könne nur noch privat abrechnen und gehe damit ein unkalkulierbares wirtschaftliches Risiko ein. Apropos: Geld steht auch in einem Einzelvertragssystem nur begrenzt zur Verfügung.

## Gesundheitsreform

### Wenn Patienten sich nicht mehr rechnen

Artikel in allen regionalen Ausgaben erschienen

**Quelle** Aalener Nachrichten vom 01. 02. 2008  
**Seite** 4  
**Ressort** Politik  
**Autor** Von unserer Mitarbeiterin Daniela Dinstbier |

**Aalener Nachrichten**

## Wenn Patienten sich nicht mehr rechnen

LEUTKIRCH - "Die Kassen können sich darauf konzentrieren, tatsächlich nur noch für die beste Versorgung ihrer Kunden zu sorgen", sagt Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zur Gesundheitsreform. In den Ohren von Martin Krause hört sich das wie blanker Hohn an. Der Hals- Nasen-Ohrenarzt (HNO) aus Leutkirch im Allgäu weiß aus seiner Praxis, dass dem nicht so ist.

### Wenn Patienten sich nicht mehr rechnen

Das Schlucken war kaum noch möglich. Auch die Zunge konnte der Mann, der erst Mitte 60 war, nicht mehr bewegen - Folgen eines bösartigen Tumors im Schlundbereich. Ein zweiter Tumor fand sich in der Lunge. Das Essen fiel dem Patienten schwer. Nur sehr kleine Mengen konnte er noch zu sich nehmen. Deshalb war er auf die künstliche Ernährung durch eine Sonde im Bauch angewiesen. Die Flüssignahrung dafür hatte Krause ihm verschrieben - in Vertretung des Hausarztes. "Ich konnte ihn doch nicht verhungern lassen", sagt Krause. Dafür muss er sich jetzt rechtfertigen, vor einem Prüfungsgremium - beantragt von der Krankenkasse. Die Flüssignahrung ist teuer und deshalb liegt der Leutkircher HNO-Arzt mit seiner Abrechnung über dem Durchschnitt. Das muss Krause erklären. Regressverfahren heißt das im Jargon des Gesundheitswesens. Fünf davon hat der Leutkircher schon überstanden - alle mit Freispruch, "weil ich begründen konnte, warum ich so gehandelt habe". Auch dieses Mal wurde er freigesprochen.

### "Kassen schmeißen Geld raus"

Er ist aber trotzdem verärgert, über den bürokratischen Aufwand. Denn immerhin habe er in diesem Fall sogar zusätzlich schriftlich erklärt, warum er dem Patienten die teure Nahrung verschrieben hat. "Wo bleibt das individuelle Schicksal, das mit dieser Abrechnung verbunden ist?", fragt Krause sich nun. Sein Vorwurf: "Die Krankenkassen schmeißen das Geld für Wellness-Reisen und Radtouren zum Fenster raus. Und den Ärzten wird das Budget gekürzt." Von einer Budgetierung will der Vorstandsvorsitzende der Allgemeinen

Ortskrankenkasse (AOK) Baden-Württemberg nichts wissen. "Viele Ärzte leben immer noch in der Vorstellungswelt, dass es eine Budgetierung für Medikamente gibt. Gibt es aber nicht", sagt Rolf Hoberg. Ärzte könnten alles verschreiben - solange sie sich innerhalb des festgelegten Rahmens bewegen. Den handeln Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung als Interessensvertretung der Ärzte aus. Der Arzt darf nicht das verschreiben, was er will. Er muss auf die Wirtschaftlichkeit achten. Aber: "Die Bedingungen haben nichts mit dem realen Bedarf der Ärzte zu tun", sagt Jan Geldmacher vom Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. "Die Ärzte müssen sich an diese vertragliche Größe halten." Wer 25 Prozent darüber liegt, muss mit einem Regressverfahren rechnen. "Das kann für Ärzte, wenn sie verurteilt werden, existenzbedrohend sein", sagt Geldmacher. Sie müssten dann die Kosten für die Medikamente der Krankenkasse erstatten. Mit der Gesundheitsreform wird jetzt noch stärker aufs Geld geschaut: Sie sieht eine Kosten-Nutzen-Bewertung bei Medikamenten vor: "Es wird jetzt geprüft, ob die Preise für Arzneimittel in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem therapeutischen Nutzen stehen", heißt es in der Informationsbroschüre "Die neue Gesundheitsversicherung" des Bundesgesundheitsministeriums. Für Michael Datz, Präsident der Bezirksärztekammer Südwürttemberg, ist das eine Daumenschraube mehr für die Ärzte. Datz befürchtet, dass die Zahl der Regressverfahren zunimmt. "Noch ist die Mühle nicht angefahren." Aber, fügt Datz hinzu, geprüft wurde schon immer. Das sei nicht neu. Manche Fälle, die von der Kasse untersucht würden, seien aber für einen Arzt nicht nachvollziehbar: "Warum soll ein

Medikament, das einem Patienten schon als Kind geholfen hat, ihm im Erwachsenenalter nicht mehr helfen. Warum muss sich ein Arzt rechtfertigen, wenn er es ihm weiterhin verschreibt?", fragt Datz, selbst Mitglied in Prüfungsgremien. Dennoch: Wenn eine Diagnose nicht passe, dann müsse sie geprüft werden.

### Werben um Mitglieder

Den Vorwurf Krauses, dass die Krankenkasse ihr Geld für Wellness-Reisen und präventive Angebote zum Fenster rausschmeißt, will Hoberg von der AOK nicht stehenlassen. Auch an einem von ihr angebotenen Bewerbertraining sei nichts Anrüchiges. "Die Mitglieder werden den Krankenkassen nicht mehr zugewiesen, sondern wir müssen um sie werben", erklärt Hoberg die Investitionen. 2006 zahlte die AOK Baden-Württemberg 64 Millionen Euro - 0,8 Prozent der Ausgaben - für "übrige Anwendungen". Darin enthalten sind auch die Kosten für Mitgliederwerbung. Damit die Kosten der Krankenkasse nicht explodieren, muss also geprüft werden, ob die Flüssignahrung, die der Leutkircher HNO-Arzt verschrieben hat, auch angemessen war. Doch das ist für Krause ein Schritt zu viel. Von der Kassenärztlichen Vereinigung fühlt er sich im Stich gelassen. Von Interessensvertretung für Ärzte könne keine Rede mehr sein. "Hier wird nur nach den Kosten geurteilt", sagt er und fügt hinzu: "Ein Glück, dass der Patient mittlerweile verstorben ist. Somit bleibt ihm dieses Hickhack erspart."

## **Empfang der Ärzteschaft: „Es kann im neuen Jahr nur besser werden“**

Quelle Deutsches Ärzteblatt vom 01. 02. 2008  
Seite A-184  
Rubrik AKTUELL  
Autor Stüwe, Heinz |

**Deutsches  
Ärzteblatt**

## **Empfang der Ärzteschaft: "Es kann im neuen Jahr nur besser werden"**

Ein festlicher Rahmen, ein freundlicher Grundton, aber auch Gegensätze in der Sache prägten den traditionellen Neujahrsempfang der deutschen Ärzteschaft am 24. Januar in Berlin. Vor den 600 Teilnehmern im Wintergarten des KaDeWe, darunter die gesundheitspolitischen Sprecher aller Bundestagsfraktionen, sagte für die Gastgeber Dr. med. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, die Politiker handelten derzeit nach dem Prinzip "Alles wird besser durch Wettbewerb". Dieser Anspruch müsse sich aber an der Realität messen lassen. Man brauche den Wettbewerb,

um das Gesundheitswesen - auch die Körperschaften - Veränderungen anzupassen. Keinesfalls aber könnten Krankenkassen eine flächendeckende Versorgung aufbauen, unterstrich Köhler mit Blick auf den Versuch der AOK Baden-Württemberg, die ambulante Versorgung an der KV vorbei zu organisieren. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) blieb in ihrer Replik im Unverbindlichen. Warum solle nicht auch der Hausärzterverband Verträge schließen können, fragte sie rhetorisch. Es werde in Zukunft Wettbewerb geben, es werde Kollektivverträge geben. "Die Menschen werden dort hingehen, wo sie

sich am besten aufgehoben fühlen." Unter Anspielung auf die zurückliegenden Auseinandersetzungen mit der Ärzteschaft sagte die seit dem 12. Januar 2001 amtierende Ministerin, das verfluchte siebte Jahr sei schon vorbei. "Da kann es nur besser werden." Schmidt bot allen Akteuren im Gesundheitswesen Gespräche über notwendige Veränderungen an. Stü

© 2008 PMG Presse-Monitor GmbH

## **Notfallpraxis in Bad Säckingen eröffnet**

### ***Bad Säckingen: Die Notfallpraxis öffnet***

**Bessere Versorgung:** Der ambulante Notdienst in Bad Säckingen und im westlichen Hotzenwald wird neu geregelt. Am Samstag öffnet im Bad Säckinger Krankenhaus die Notfallpraxis, die an Wochenenden Anlaufstelle für Notfälle sein wird.

Verantwortlich für die Versorgung zeichnet der Medizinische Regio Verbund (MRV), ein Zusammenschluss von 40 Haus- und Fachärzten der Region Südschwarzwald.

Die ambulante Notdienstversorgung ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW). Sie wird durch die niedergelassenen Ärzte organisiert. Wer am Wochenende oder nachts ärztliche Hilfe braucht, bekam bislang von der DRK-Leitstelle die Telefonnummer des diensthabenden Arztes für Notfälle.

Für Bad Säckingen und den westlichen Hotzenwald (Herrischried und Rickenbach) wird sich diese Regelung am Samstag ändern. Der medizinische Regioverbund als Zusammenschluss von insgesamt 40 niedergelassenen Ärzten wird zukünftig an Wochenenden und an Feiertagen jeweils tagsüber von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 19 Uhr im Bad Säckinger Krankenhaus Notfallprechstunden anbieten.

Das bedeutet, statt in die Praxis einen Dienst habenden Arztes zu fahren, können sich Menschen mit ihren akuten Beschwerden gleich an diese Notfallpraxis wenden. Zusätzlich ist

ein zweiter Arzt erreichbar, der im Bedarfsfall auch Hausbesuche macht. Auch in diesem Fall erfolgt die Kontaktaufnahme telefonisch über die Notfallpraxis.

### **Die Mitwirkenden am Bad Säckinger Konzept der Notfallpraxis.**

"Für den Patienten erleichtert diese Lösung die rasche Versorgung. Er muss nicht erst herausfinden, welcher Praxisarzt aktuell zuständig ist, sondern begibt sich sofort ins Krankenhaus als zentrale Anlaufstelle", erklärten im Pressegespräch MRV-Vorsitzender und Leiter der Notfallpraxis, Olaf Boettcher, und Johannes Springer von der Kassenärztlichen Vereinigung.

Die niedergelassenen Ärzte, die bisher reihum Notdienste übernahmen, nutzen nun die Räumlichkeiten und technischen Geräte des Krankenhauses wie beispielsweise Röntgen, Labor und Ultraschall. Dank eigens ausgetüftelter neuer Software können Notdienstler und Krankenhausärzte später auf die Patientendaten zurückgreifen und so die bestmögliche Weiterversorgung gewährleisten. Boettcher: "Das ist vorbildlich für Baden-Württemberg."

Volker Roth, Ärztlicher Direktor des Krankenhauses Bad Säckingen, begrüßt die Kooperation ausdrücklich. Fakt ist, dass viele Menschen im Notfall zur Behandlung ins nächstgelegene Krankenhaus fahren. 12.000 bis 13.000 Patienten werden pro Jahr im Bad Säckinger Krankenhaus gezählt. Es kommen sowohl chronisch Kranke in akutem Krankheitsstadium als auch Unfall- oder Sportunfallopfer. Mit bis zu zehn Operationen sind die Krankenhausärzte an manchen Wochenenden blockiert. "Da lassen sich Wartezeiten nicht vermeiden", so Roth. Mit der Notfallpraxis im Hause werde die Versorgung optimiert.

*Von BZ-Redakteurin Elisabeth Frieling*

## Presseauswertung vom 1. Februar 2008

### Sonstiges

Artikel aus den Stuttgarter Nachrichten - Stadtausgabe, Freitag,  
01. Februar 2008  
Seite 5  
Ausgabe: Nr.27  
Landesnachrichten

### ***Betrunken am Operationstisch?***

Ulm (AP) - Die Staatsanwaltschaft Ulm will Vorwürfe gegen einen Arzt prüfen, der angeblich während einer Operation betrunken zusammengebrochen ist. Der Professor habe einem Patienten eine Hüftprothese eingesetzt und sei beim Zunähen der Wunde ohnmächtig geworden, berichtete „Bild“. Er habe sich selbst bei der Ärztekammer angezeigt. Die Landesärztekammer erklärte dagegen am Donnerstag, der Mann habe sich nicht selbst angezeigt. Die Operation habe im Frühjahr 2007 stattgefunden. Eine Überprüfung des Vorgangs habe zu einer Einstellung des Verfahrens geführt.

© 2006 Stuttgarter Nachrichten

Artikel aus der Stuttgarter Zeitung - Stadtausgabe, Freitag,  
01. Februar 2008  
Seite 7  
Ausgabe: Nr.27  
Südwestdeutsche Ztg.

## **Betrunkener Arzt muss Operation abbrechen**

*Vorfall hat sich 2007 in Ulmer Privatklinik zugetragen - Ärztekammer stellte Verfahren ein*

ULM. Ein Orthopäde hat im Frühjahr 2007 unter starkem Alkoholeinfluss in einer Ulmer Privatklinik operiert. Die Landesärztekammer erfuhr davon - doch für den Entzug der ärztlichen Zulassung sah sie keinen Anlass. Der Arzt sucht offenbar eine neue Stelle.

Von Rüdiger Bäßler

Der Ulmer Orthopäde sei der „Bild“-Zeitung zufolge gerade dabei gewesen einem Patienten ein neues Hüftgelenk einzusetzen, als er zusammenbrach. Die Diagnose der Kollegen: schwere Trunkenheit. In „Bild“ wird der Professor mit der Entschuldigung zitiert, er habe am Vorabend der Operation Rotwein getrunken, nachts dann, weil er nicht habe schlafen können, noch einige Quittenschnäpse. Außerdem habe er am Morgen, vor dem Weg in die Klinik, nicht gefrühstückt.

Anders als es die gestrigen Berichte suggerieren, liegt der Vorfall allerdings lange Zeit zurück. Der Professor, der demnächst 59 Jahre alt wird, arbeitete zuletzt in der Ulmer Privatklinik Bertele. Die Klinik ist jedoch seit Ende vergangenen Jahres geschlossen, ihre Gründer haben Haus und Grund der Ulmer Hospizstiftung geschenkt.

Auf Anfrage präzisierte gestern die Landesärztekammer Baden-Württemberg schriftlich, „dass die fragliche Operation bereits im Frühjahr 2007 stattfand“. Die Kammer hatte also Kenntnis von der Trunkenheit im OP-Saal, doch sie zeigte sich milde: „Eine Überprüfung des Vorgangs durch die Bezirksärztekammer Südwürttemberg führte zu einer Einstellung des Verfahrens“, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme aus Stuttgart. Und weshalb wurde dem öffentlich geständigen Professor nicht die Zulassung entzogen? Hier schweigt die Ärztekammer. Sie sei zum Amtsgeheimnis verpflichtet, teilt sie mit - und bittet darum, von weiteren Anfragen abzusehen. Möglich, dass der Professor von seinem guten Ruf geschützt wurde, den er sich in früheren Jahren in Stuttgart erworben hatte. Dort wurde er 1991 Chefarzt der Baumann-Klinik, einer Spezialklinik für Orthopädie, orthopädische Chirurgie und Rheumachirurgie. Seine Ärztekunst, heißt es bis heute, habe viele zusätzliche Patienten angezogen. Nachdem der Chefarzt von der Baumann-Klinik Abschied nahm - offiziell wegen Krankheit -, tauchte er von September bis Dezember 2006 noch einmal als Ärztlicher Direktor an der Roser-Klinik in Stuttgart auf, bevor er schließlich an das Ulmer Privatkrankenhaus wechselte.

Offenbar sucht der Arzt derzeit wieder eine neue Anstellung. Gerade hat er die Facharztkompetenz für Orthopädie und Unfallchirurgie erworben. Die Prüfung, teilt die Ärztekammer mit, habe der Professor am 23. Januar „erfolgreich abgelegt“.

© 2006 Stuttgarter Zeitung

Berliner Zeitung, 01.02.08, Seite 13, Wissenschaft  
Anke Brodmerkel

## **Der Tod und die Mädchen**

### **Die HPV-Impfung ist in die Kritik geraten - wegen mangelnder Wirksamkeit und zwei rätselhafter Todesfälle**

Als vor gut einem Jahr der Impfstoff Gardasil auf den Markt kam, schien ein lange gehegter Traum in Erfüllung zu gehen. Erstmals war es möglich geworden, einer Krebserkrankung per Impfung vorzubeugen. Die Vakzine des Herstellers Sanofi Pasteur MSD soll vor einer Infektion mit humanen Papillomviren (HPV) schützen, die beim Geschlechtsverkehr übertragen werden und in seltenen Fällen Gebärmutterhalskrebs auslösen.

Bereits wenige Monate nach der Zulassung von Gardasil regte sich erste Kritik - am Impfstoff selbst, an der Art und Weise seiner Zulassung und an der ungewöhnlich rasch erfolgten Empfehlung hierzulande durch die Ständige Impfkommission (Stiko), Mädchen zwischen 12

und 17 Jahren gegen Gebärmutterhalskrebs impfen zu lassen.

Nach zwei Todesfällen steht die Vakzine nun noch stärker in der Kritik. Zwei junge Frauen starben, kurz nachdem sie eine Dosis Gardasil erhalten hatten. Allerdings hat die für die Zulassung neuer Arzneien verantwortliche Europäische Arzneimittelagentur Emea mittlerweile jeglichen Zusammenhang zwischen der Impfung und den Todesfällen ausgeschlossen.

Bereits im Sommer 2007 war ein 17-jähriges Mädchen aus Deutschland einen Tag nach der HPV-Impfung gestorben. Es war ihre zweite Impfdosis, die erste hatte sie problemlos vertragen. Im Oktober starb eine 19-jährige Österreicherin drei Wochen nach der Gardasil-Impfung. Beide Frauen sollen zuvor kerngesund gewesen sein.

Eine Obduktion der Deutschen habe keine Hinweise auf eine mögliche Todesursache geliefert, heißt es in einer Stellungnahme des in Deutschland für Impfstoffe zuständigen Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) in Langen. Entsprechende Untersuchungen in Österreich lieferten ebenfalls keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Impfung und dem Tod der jungen Frau.

Offiziell heißt es nun, beide Mädchen hätten ein Sudden Adult Death Syndrome erlitten, also einen plötzlichen Herzstillstand ungeklärter Ursache. So etwas ist sehr selten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2006 in Deutschland in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen 58 Todesfälle mit unklarer Ursache, davon 22 bei Frauen. Statistisch gesehen bedeutet das: Eines von hunderttausend Mädchen stirbt, ohne dass eine Todesursache gefunden werden kann. Den PEI-Experten zufolge ist daher bei der Impfung eines großen Teils einer Bevölkerungsgruppe auch rein zufällig mit derartigen Todesfällen in zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung zu rechnen.

Nach Angaben des Herstellers Sanofi Pasteur MSD sind seit der Markteinführung von Gardasil im Oktober 2006 in Deutschland und Österreich 2,2 Millionen Impfdosen verkauft worden. Da der Impfschutz drei Einzeldosen erfordere, sei von mindestens 700 000 geimpften Personen auszugehen.

"Bisher wurden dem PEI zufolge in Deutschland lediglich 189 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen nach Impfungen mit Gardasil gemeldet", berichtet Michael Wojcinski, niedergelassener Gynäkologe aus Bielefeld und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Impfen im Berufsverband der Frauenärzte. Dabei habe es sich zumeist um Reaktionen gehandelt, wie sie nach allen Impfungen vorkommen können: Schmerzen oder Rötungen an der Injektionsstelle sowie leichtes Fieber. In fast allen Fällen seien die Symptome harmlos gewesen und kurz nach der Impfung wieder verschwunden.

Seit Mitte Oktober 2007 ist in Deutschland noch ein zweiter HPV-Impfstoff des Pharmaunternehmens Glaxo Smith Kline zugelassen. Für diese Vakzine mit dem Handelsnamen Cervarix sind in der Datenbank des PEI bisher keine unerwünschten Wirkungen vermerkt.

"Natürlich kann man jeden Verdacht auf schwerwiegende Nebenwirkungen herunterspielen, indem man auf statistische Zufälle verweist", sagt Wolfgang Becker-Brüser, Mediziner und Chefredakteur der pharmakritischen Zeitschrift *Arznei-Telegramm*. Solange ein Zusammenhang zwischen der Impfung und dem Tod der Mädchen weder zu belegen noch auszuschließen sei, müsse man sich die Frage stellen, ob der Nutzen der Impfung wirklich größer sei als etwaige Risiken.

"Als Gardasil auf den Markt kam, waren entscheidende Untersuchungen zur Wirksamkeit noch gar nicht abgeschlossen", kritisiert Becker-Brüser. Beispielsweise habe eine Studie erst nach der Zulassung von Gardasil gezeigt, dass sich die Zahl bedenklicher Veränderungen der Gebärmutter Schleimhaut durch die Impfung nur um 17 Prozent reduzieren lasse. "Der Nutzen der Impfung wird meiner Ansicht nach viel zu hoch angesetzt", sagt Becker-Brüser.

Belege, dass sich mit der Impfung die Zahl der tatsächlichen Krebserkrankungen senken lässt,

stehen bislang aus. Der fehlende Nachweis resultiert allerdings aus der Tatsache, dass ein Gebärmutterhalstumor meist erst 10 bis 15 Jahre nach einer Infektion mit HPV entsteht. So lange laufen die Studien noch gar nicht.

"Die ersten klinischen Studien begannen Ende der Neunzigerjahre", sagt Jürgen Lösch, Pressereferent von Sanofi Pasteur MSD. "Darin konnte gezeigt werden, dass sich durch eine Impfung mit Gardasil eine Ansteckung mit HP-Viren vom Typ 6, 11, 16 und 18 nahezu hundertprozentig vermeiden lässt." Diese vier Virentypen verursachen allerdings nur etwa 75 Prozent aller Gebärmutterhalstumoren. Manche Kritiker befürchten daher, dass junge Mädchen und Frauen durch die Impfung indirekt gefährdet werden. "Die Geimpften wiegen sich in einer trügerischen Sicherheit", sagt Karin Schönig vom Bundesverband der Frauengesundheitszentren. "Das könnte zur Folge haben, dass die wichtigen und nachweislich wirksamen Vorsorgeuntersuchungen beim Frauenarzt vernachlässigt werden." Lösch hält dagegen: "Wir haben nie behauptet, dass wir einen Impfstoff entwickelt haben, der hundertprozentig vor Gebärmutterhalstumoren schützt. Und wir haben stets betont, dass die Impfung kein Ersatz für die regelmäßige Früherkennung, sondern eine ideale Ergänzung dazu ist."

Dennoch ging die Empfehlung der Stiko, alle jungen Mädchen gegen HPV zu impfen, vor diesem Hintergrund vielen Experten zu schnell. Immerhin sind die Krankenkassen aufgrund der Empfehlung seit März 2007 gezwungen, die Kosten für die Impfung zu übernehmen. Mit 465 Euro ist die HPV-Impfung mit Abstand die teuerste Impfung überhaupt.

Trotzdem hält der überwiegende Teil der Ärzte die HPV-Impfung nach wie vor für einen Segen. "Ich betrachte die beiden Impfstoffe als einen der größten Gewinne der Medizin", sagt etwa Horst Lübbert von der Klinik für Frauenheilkunde der Berliner Charité, Campus Benjamin Franklin, und fügt hinzu: "Keiner meiner Patientinnen würde ich von einer Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs abraten."

**APOTHEKE ADHOC, Donnerstag, 31.01.2008 16:00:00 Uhr**  
Pressemitteilung

### ***Schlecker startet Arzneimittelversand***

Berlin - Die Drogeriekette Schlecker startet am 11. Februar den Versandhandel mit Arzneimitteln. Dazu hat Schlecker mit Vitalsana eine eigene Versandapotheke mit Sitz im niederländischen Heerlen aufgebaut. Dies berichtet das Branchenportal APOTHEKE ADHOC.

In den Schlecker-Filialen wird künftig mit einem speziellen Bestellmagazin über die aktuellen Top- und Tagesangebote von Vitalsana informiert. Schlecker-Mitarbeiter können das Angebot offenbar bereits jetzt testen. Für alle eingeschickten Rezepte erhalten die Kunden der Versandapotheke Gutscheine, die in den Filialen der Drogeriemarktkette eingelöst werden können. Eine Rezeptsammelstelle oder pharmazeutische Beratung wird es in den Schlecker-Filialen allerdings nicht geben.